

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIII/38

Bonn, den 22. Februar 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 2	<u>Minimalprogramm zur Eschschulreform</u> Grundzüge sozialdemokratischer Hochschulpolitik Von Joachim Raffert, MdP	68
3 - 4	<u>Demonstrationen und Staatsverdrossenheit</u> Von Bürgermeister Professor Dr. Weichmann	86
4	<u>Anteil der Selbständigen in der SPD steigt</u>	11

FRAU UND GESELLSCHAFT bringt heute:

Kein Pardon für das "Heinchen am Herd!"

*

*

*

Minimalprogramm zur Hochschulreform

Grundzüge sozialdemokratischer Hochschulpolitik

Von Joachim Raffert, MdB

Die Unruhe in der Studentenschaft, die massiv geäußerte Kritik nicht nur an unseren Hochschulen, sondern auch an vielen anderen Erscheinungsformen unserer gesellschaftlichen und politischen Ordnung, die oft zweischneidige "Reaktion" der Professoren wie der verantwortlichen Politik haben den Druck auf das Tempo der nun fast allenthalben als notwendig bezeichneten Hochschulreform verstärkt. Teilforderungen von Studentengruppen - etwa die nach der Drittelparität bei der Besetzung von Gremien der akademischen Selbstverwaltung - sind hier und da angenommen, anderswo hart abgewiesen worden. Nachdem Hessen sein Hochschulgesetz bereits vor eineinhalb Jahren verabschiedet hat, stehen jetzt in vielen Länderparlamenten oder mindestens Landesregierungen solche Gesetze auf der Tagesordnung. Mancherorts - etwa in Berlin - gibt es eigene Entwürfe der Regierung wie der Opposition. Klarheit über Minimal- und Maximalerfordernisse aber besteht nicht.

Es ist also höchste Zeit, daß sich die großen politischen Parteien, die die Verantwortung für den Staat und für das demokratische System tragen, der ihnen zufallenden Rolle gewachsen zeigen. Ohne auf mechanische "Gleichmacherei" zielen zu dürfen, müssen sie Prinzipien erarbeiten, an denen sich Politiker aller Ebenen orientieren können. Wenn es nicht gelingt, den Führungsanspruch der jetzt in den Parlamenten vertretenen politischen Kräfte mindestens auf diese Weise zu rechtfertigen, dann wird uns Schlimmeres in Aussicht stehen als das, was jetzt bereits in den Universitäten vorgeht.

Schon deshalb sind die "Sozialdemokratischen Grundsätze zur Hochschulgesetzgebung" zu begrüßen, die vom bildungspolitischen Ausschuß der SPD verabschiedet worden sind. An ihnen haben Professoren und Studenten ebenso mitgearbeitet wie die Kultusminister und die kulturpolitischen Sprecher der Fraktionen der Länderparlamente und des Bundestages. Als erste der großen Parteien hat die SPD damit ein Minimalprogramm vorgelegt, das die Haltung der Parlamentarier, der Minister und der unmittelbar Betroffenen, also der Hochschullehrer und Studenten - soweit sie Sozialdemokraten sind - nachhaltig beeinflussen wird.

Die "Grundsätze" verdienen, genau gelesen zu werden. Sie enthalten eine Reihe von Festlegungen, lassen aber auch erkennen, wo noch Spielraum für Entscheidungen gebraucht wird, denen eine genauere Analyse vorausgehen muß.

Wichtig ist die Erklärung, daß die Hochschule keinen über die Aufgaben der Forschung, Lehre und Berufsvorbereitung hinausgehenden Erziehungsauftrag habe. Klar fixiert sind die Vorstellungen über die Leitung der Hochschule durch einen mindestens sechs Jahre amtierenden, mit umfassenden Vollmachten ausgestatteten, aber wirksam zu kontrollierender Präsidenten.

In der hochschulpolitischen Diskussion nicht neu, aber bisher nicht zur allgemeinen Forderung erhoben ist die Einbindung der Hochschule in die Gesellschaft durch ein Kuratorium, zu dem nicht nur Professoren gehören sollen. Zur Zusammensetzung der Organe und Kommissionen wird dagegen recht vorsichtig Stellung genommen und lediglich betont, daß höhere Lehrer wie wissenschaftliche Mitarbeiter, Assistenten wie Studenten darin vertreten sein müssen. Den Assistenten und Studenten soll ein Kontrollrecht über die Prüfungsverfahren eingeräumt werden. Die Habilitation, deren Vollzug entbürokratisiert werden muß, soll nicht länger unerläßliche Voraussetzung für die Berufung als Hochschullehrer sein. Institute müßten auch durch staatliche Anordnung einzurichten sein und sind grundsätzlich nach dem Kollegialprinzip zu organisieren. Die Gliederung der Hochschule soll von den herkömmlichen Fakultäten unabhängig gemacht werden. Ein besonderes Disziplinarrecht für die Studenten wird strikt abgelehnt, die Möglichkeit der "Veröffentlichung des Mehrheitswillens" der Studentenschaft den studentischen Vertretungsorganen zugestanden.

Das ist ein langer Katalog, dem noch die Forderung hinzugefügt worden ist, anstelle der bisherigen Semestereinteilung künftig das Studienjahr zu setzen. Gleichwohl wird er vielen progressiven Ansprüchen nicht gerecht. Es wird Schritte darüber hinaus geben können, vielleicht müssen. Aber die "Grundsätze" bieten eine Basis nicht nur für die weitere Diskussion, sondern auch für die Aktion in der Hochschulgesetzgebung, die nicht zu lange auf sich warten lassen darf. Die eigentliche Studienreform und die Entwicklung eines "Hochschulmodells" müssen daneben mit Sorgfalt, aber ohne vermeidbaren Zeitverlust betrieben werden.

Demonstrationen und Staatsverdrossenheit

Von Bürgermeister Professor Dr. Weichmann

Auf einem Empfang, den der Hamburger Senat dem Vorstand der Industriegewerkschaft Metall gab, ging Professor Dr. Weichmann auf die Gefahren ein, die der Demokratie von rechts und von der extremen Linken drohen. In der Abwehr dieser Gefahren kommt den Gewerkschaften eine besondere Bedeutung zu. Professor Dr. Weichmann sagte unter anderem:

"Eine Erscheinung sind jene Demonstrationen, die darauf abzielen oder im Ergebnis darauf hinauslaufen, nicht nur Willenskundgebung zu sein, sondern politische Entscheidungen über die Gewalt auf der Straße den verfassungsmäßigen Gewalten aufzuzwingen.

Eine andere, und auf die Dauer gesehen nicht minder beunruhigende Erscheinung ist die mehr oder minder latente Staatsverdrossenheit, die Fragen läßt, ob wir uns in Deutschland wirklich schon auf ein gesichertes demokratisches Bewußtsein im Sinne einer positiven Bejahung des demokratischen Staates - auch mit seinen Mängeln - verlassen können.

Lassen Sie sich davon absehen, zwischen verständlichem Unwillen in einer gewiß unvollkommenen Welt, zwischen zulässigen und nicht zuverlässigen Ausdrucksformen, zwischen ideologischen Gegensätzen zu unterscheiden. Selbstverständlich steht auch das Recht friedlicher Demonstration nicht in Frage, wie ich ausdrücklich hervorhebe. Was mich besorgt, ist der soziologische Hintergrund, der diese Erscheinungen ermöglicht hat.

Bindungen werden ignoriert

Ein Aspekt dieses Hintergrundes ist der offenbar falsch verstandene Begriff der demokratischen Freiheit und ihrer Spielregeln. In den Köpfen vieler Bürger spiegelt sich die Aufgabe der Freiheit offenbar als eine Art Dienstverpflichtung wider, die Träger der politischen Willensbildung, die getroffenen Maßnahmen, den gesellschaftlichen Zustand, wie immer er sein mag, auf einer Einbahnstraße des Denkens mit schonungsloser Kritik zu überziehen und zu verdammen. Die mit der Freiheit verbundene Bindung wird ignoriert, die mit dem Recht verbundene Achtung des Rechts der anderen mißachtet, der in einer pluralistischen Gesellschaft unerläßliche Ausgleich der Interessen geschmälert und der Anspruch eines jeweiligen Interesses mit absoluter Kompromißlosigkeit vorgebracht. Hierdurch ist allmählich der Bürger irre an seinem Staat geworden. Er fühlt sich nicht mehr als mitverantwortlich, als Schuldner, sondern ausschließlich als Gläubiger der Gesellschaft und sogar als Gläubiger mit dem Recht der sofortigen Zwangsvollstreckung. Diese Entwicklung ist um so bestürzender, wenn man bedenkt, daß sie nicht etwa durch verhängnisvolle oder auch nur drohende Wirtschaftskrise ausgelöst oder begünstigt wurde, sondern sich vielmehr auf dem Hintergrund enormer Aufbauleistungen und eines wachsenden gesellschaftlichen Wohlstandes vollzieht. Um vollends ins Groteske abzugleiten, ist eben dieser Wohlstand selbst zum Objekt ideologisierender Angriffe geworden.

Gewaltsame Ordnungsstörungen dürfen nicht verharmlost werden

Ein anderer Faktor, abgesehen von dieser zur Staatsverdrossenheit

werdenden Weltverdrossenheit ist das gezielte Bemühen, die Demonstration zur Ordnungstörung werden zu lassen und durch gewaltsame Aktion politische Entscheidungen zu erzwingen. Diese Art, parlamentarische Entscheidungen durch gewaltsame Ordnungstörung zu erzwingen, darf nicht verharmlost werden. Was dem einen recht ist, müßte sehr bald dem anderen billig sein. Ist der Lohn der Aktion die Zurücknahme sorgfältiger parlamentarischer Entscheidungen oder der Verzicht auf noch notwendige Entscheidungen, wird von der Gewalt der Straße sehr bald eine epidemische Wirkung ausgehen. Die in der Weimarer Republik eingetretene Zersetzung der parlamentarischen und staatlichen Gewalt durch das Plebiszit, das die Väter des Grundgesetzes wohl erfahren nicht in unser Verfassungssystem übernommen haben, würde wieder auferstehen, und zwar in einer Form, die noch virulenter ist. Verkennen wir nicht die Stärke einer aktiven Minorität in einer passiven oder gar verdrossenen Majorität.

In diesem Sorgenbereich haben nun auch die Gewerkschaften ihre Aufgabe. Lassen Sie sich durch die noch festgefügte Form Ihrer Organisation nicht über die Gefahren hinwegtäuschen, die auch Sie wieder bedrohen würden, wenn radikale Elemente von rechts oder links gegen die demokratische Ordnung getrennt, oder in schlechter Absicht verbündet, anrennen und der Bürger an seinem Staat und seiner Ordnung irre geworden ist. Ich habe die Zeit erlebt, da wir, auch im Vertrauen auf die Macht der Gewerkschaften, es versäumt haben, den Anfängen rechtzeitig zu wehren und im Einblick auf den Faschismus in Italien voreilig verkündeten, bei uns kann das mit unseren starken Gewerkschaften nicht passieren. Begehen Sie und wir nicht erneut den Fehler, die Freiheit zu berufen, wo sie zur Freiheit wird, die Freiheit zu zerstören.

Diese Gedanken - diese jedenfalls rich tief bewegenden Sorgen -, vor denen einige unserer Alltagsprobleme verblasen, vor ihnen ausprechen zu können, ist der Grund, weshalb ich Sie gerade in dieser Zeit ganz besonders herzlich begrüßt habe. Ich spreche Sie mit diesen Gedanken gerade als Gewerkschaftler und damit als Garanten einer richtig verstandenen Freiheit an. Lassen Sie uns in dem Bemühen, chaotischen Zeiten entgegenzutreten und das Los unserer Gesellschaft und ihrer Menschen handfest, illusionsfrei, dynamisch, aber auch in wohlverstandener Freiheit zu verbessern, Verbündete sein."

+ + +

Anteil der Selbständigen in der SPD steigt

Die Landesarbeitsgemeinschaft Selbständiger in der SPD stellte auf ihrer letzten Sitzung in München fest, daß mehr und mehr Selbständige in die SPD eintreten und auch bereit sind, in der politischen Arbeit mitzuwirken. Zur Förderung der Klein- und Mittelbetriebe werden von der Arbeitsgemeinschaft Vorschläge erarbeitet, die dem Bundeswirtschaftsministerium zugeleitet werden sollen. So soll vor allen Dingen eine staatliche Hilfe mit der Möglichkeit von Zusammenschlüssen der einzelnen Betriebe gewährleistet sein. Einzelne Fachgruppen innerhalb der Arbeitsgemeinschaft wurden beauftragt, eine Studie über die verschiedenen Berufsgruppen und deren Wirtschaftslage zu erstellen. Die Arbeitsgemeinschaft Selbständiger der SPD in Bayern wird ihre Gespräche mit den Verbänden der Ärzte, Rechtsanwälte, des Einzelhandels und der Bauunternehmern fortsetzen.

+ + +